

Besser verteilen

Schulen in sozial belasteten Gebieten und Stadtteilschulen betreuen überproportional Klassen mit Flüchtlingen

Beim Thema Flüchtlingsbildung droht ähnlich wie bei der Inklusion eine soziale Schiefelage. Knapp zwei Drittel der Klassen, in denen Flüchtlingskinder in Hamburg unterrichtet werden, sind an Schulen in sozial schwierigen oder sehr schwierigen Gebieten untergebracht, nur ein gutes Zehntel dieser Klassen in den sozial stabilen und besonders stabilen Stadtteilen. Zugleich unterrichten Stadtteilschulen dreimal so viele Flüchtlinge wie die Gymnasien. Dies hat eine Anfrage der FDP ergeben.

Von den 202 Basisklassen und Internationalen Vorbereitungsklassen, in denen rund 2500 geflüchtete Jungen und Mädchen unterrichtet werden, sind 57,9 Prozent an Schulen mit dem Sozialindex KESS 1 oder 2 untergebracht. Der

Anteil der KESS 1/2-Schulen macht insgesamt aber nur 27,4 Prozent aller Standorte aus.

Wie bei der Inklusion von Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf tragen die Stadtteilschulen zur Beschulung von Flüchtlingskindern in erheblich stärkerem Maße bei als die Gymnasien. Während an Gymnasien 30 Flüchtlingsklassen eingerichtet sind, gibt es fast 100 an Stadtteilschulen.

„Der Verweis der Nutzung freier Räumlichkeiten an Stadtteilschulen bzw. Schulen in KESS-1 und 2 ist ein vorgeschobenes Argument der Behörde. Es gibt Schulen in besserer Lage und mit hohem KESS-Faktor, auf deren Gelände Container aufgestellt werden könnten. Das macht die Behörde nicht, weil es erstmal

schneller und billiger ist, die freien Räumlichkeiten zu nutzen. Weiterhin geht man Konflikten mit den Eltern aus dem Weg. Warum Räumlichkeiten frei stehen, wird nicht thematisiert. Viele Eltern melden ihre Kinder nach Möglichkeit an Schulen mit besserem KESS-Faktor, im besseren Stadtteil oder eben auf dem Gymnasium an. Dieses Anmeldeverhalten schafft den freien Raum an den wenig angewählten Schulen, die dann eben auch die Flüchtlinge beschulen müssen. Es ginge anders. Das wäre aber teurer und konfliktthaft. Die derzeitige Praxis ist der Weg des geringsten Widerstandes, mehr nicht“, kommentiert Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die GEW fordert eine gleichmäßigere Verteilung über die Stadt. Die Stadtteilschulen schultern bereits jetzt schon die Hauptlast der Inklusion und eine Ungleichverteilung der Flüchtlingskinder würde diese soziale Schiefelage weiter verschlimmern.

aus: PRESSEERKLÄRUNG der GEW vom 25.2.2016

Here to participate!

Eine aktive Zusammenarbeit mit geflüchteten Pädagog_innen eröffnet das GEW-Refugee-Buddy-Programm

Um eine solidarische Praxis zu entwickeln, wird in der GEW Hamburg momentan die Idee eines Austauschprogramms zwischen Geflüchteten und in Deutschland schon tätigen Kolleg_innen diskutiert, das nicht nach dem Aufenthaltsstatus fragt. Interessierte Pädagog_innen könnten zusammenarbeiten, Strukturen der GEW kennenlernen und gemeinsam Schul-

unterricht, den Kita-Alltag, das Hochschulseminar oder den Nachmittag im Jugendzentrum gestalten. Eingebunden werden soll das Projekt in einen politischen Rahmen, der eine deutliche Kritik am europäischen Migrationsregime einschließt.

Flüchtlingsabwehr verstärkt

Unter dem Schlagwort „Flüchtlingskrise“ wird seit

Monaten das Thema Migration & Flucht verhandelt. Nachdem im Sommer 2015 vielmehr das europäische sogenannte Migrationsmanagement bzw. das Grenzregime in eine Krise geraten ist und für kurze Zeit das Dublin-Verfahren außer Kraft gesetzt war, reagier(t)en Europa und die Bundesregierung mit verstärkter Repression auf die Migrationsbewegung: Zäune wurden errich-